

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

10.5.1887 (No. 110)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 10. Mai.

N^o 110.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Amtlicher Theil.

Das Ministerium der Finanzen hat mit Entschliessung vom 6. Mai d. Js., Nr. 3188, den zur Zeit dem Großh. Bahnbauinspektor in Gerbach beigegebenen Bahningenieur Eduard Lang der Generaldirektion der Großh. Staatseisenbahnen zugetheilt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 9. Mai.

Der französische Ministerpräsident Goblet hat gestern bei Eröffnung der maritimen Ausstellung in Havre die angekündigte Programmrede gehalten. Das Wolff'sche Bureau gibt aus derselben folgenden Auszug: Zu der Rede, welche Goblet bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett hielt, sprach derselbe der öffentlichen Meinung, welche die Regierung bei den jüngsten Zwischenfällen durch Klugheit und patriotische Einigkeit unterstützt habe, seine Anerkennung aus; er hob hervor, wie Frankreich unter dem Einflusse der Freiheit sich ein neues Temperament angeeignet habe, in welchem Kaltblütigkeit und Entschlossenheit jene Nervosität, jene etwas unflüchtige Hitze ersetzen, welche den Franzosen häufig vorgeworfen worden seien. „Befestigen wir uns in diesem neuen Charakter, wir können es nötig haben! Die Zeit der Prüfungen ist vielleicht noch nicht vorüber. Wenn solche wieder über uns kommen sollten, so werden nicht wir es sein, die sie heraufbeschworen haben! Habe ich nötig, zu wiederholen, daß Frankreich den Frieden will? Wenn die Völker jemals den Krieg wünschen könnten, so wäre das gewiß nicht ein Volk, wie das unsrige, welches, in voller Umbildung begriffen, den lebhaften Wunsch hegt, seine Kraft und Thätigkeit dafür einzusetzen, um definitiv die Herrschaft der Demokratie zu begründen, indem es sich selbst in Frieden, Arbeit und Freiheit regiert. Aber wenn wir des Friedens bedürfen, wenn Niemand an unserem Willen zweifelt, ihn zu erhalten, so kann auch Niemand daran zweifeln, daß wir fest entschlossen sind, ihm weder unsere Rechte, noch unsere Ehre zu opfern. Frankreich, das sich aus seinem Unglück erhoben, hat Vertrauen zu sich selbst gewonnen; weit entfernt, irgend ein Volk zu bedrohen, ist es bereit, freudig und in herzlicher Gegenseitigkeit die Sympathien anderer Völker zu erwerben.“ Frankreich würde, versicherte der Ministerpräsident weiter, wenn es nötig wäre, nicht weniger bereit sein, ungerechten Angriffen die Stirn zu bieten. Diese Haltung allein entspreche der Würde einer großen Nation und könne auch allein die Wohlthaten des Friedens verbürgen; „weil wir annehmen konnten, daß dieses die einstimmige Meinung des Landes sei, und weil wir das Herz von ganz Frankreich in Wallung gerathen sahen, so können wir, wie ich hoffe, heute ohne Hintergedanken und ohne neue Sorge die Beschäftigung mit unseren inneren Angelegenheiten wieder aufnehmen. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Spaltung der Republikaner. Es ist nothwendig, gute Ordnung in den Finanzen und ein wirkliches Gleichgewicht im Budget wieder herzustellen. Die letzten Budgets sind nicht befriedigend gewesen, aber es wird nicht möglich sein, lediglich durch Ersparungen im Budget das Gleichgewicht zu erreichen, vielmehr erscheint eine Erhöhung gewisser Steuern nothwendig.“

Ob Goblet mit seinen Worten einen tiefen Eindruck in den politischen Kreisen des Landes machen wird, ist abzuwarten; ein der Regierung sonst nicht feindliches Blatt, die „République française“, hat ihm im Vorhinein gesagt, daß er in die Luft sprengen werde. „Bei aller Achtung“ schrieb die „République française“, „die wir der Berechtigung des Ministers zollen, meinen wir doch, die geringste Ersparniß, die kleinste Maßregel zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget käme uns weit mehr zu statten.“ So klingt unablässig und eintönig wie ein Unkenruf die Forderung von Ersparnissen aus der französischen Presse. Und wenn morgen die Deputirtenkammer wieder zusammentritt, so wird diese Forderung erst recht in den Brennpunkt der Diskussion treten. Kann jemals hat der Budgetausschuß der Kammer eine so feindselige Haltung gegen die Finanzanstellungen der Regierung angenommen, wie in der vorigen Woche. Der Ausschuß hat das von der Regierung ausgearbeitete Budget, wie schon erwähnt, einfach zurückgewiesen, mit der Erklärung: „In Anbetracht, daß der Budgetentwurf für 1888 weder in Betreff der Ersparnisse, noch in Betreff des Gleichgewichts den Charakter trägt, den der Zustand unserer Finanzen sowie der Wille der Nation erfordert, und in der Ueberzeugung, daß er mit voller Zuversicht von dem Ministerium eine Initiative verlangen darf, welche dessen Befugnissen und Erklärungen entspricht, beauftragt der Ausschuß seinen Vorsitzenden, von der Regierung neue Vorschläge zu verlangen.“ Die nur schlecht verhehlte Weigerung, das Budget neu zu prüfen, ist ein ganz ungewöhnlicher und gegen das parlamentarische

Verkommen verstoßender Fall. Die Kommission hat nicht einmal die Vorschläge der Regierung geprüft, sie hat dieselben im Vorhinein als „nicht mit dem Willen des Volkes in Uebereinstimmung“ erklärt. Die Anhänger der Regierung behaupten, daß der Ausschuß zu einer näheren Erklärung dessen, was der „Wille des Volkes“ sei, verpflichtet gewesen wäre. Derselbe hat es jedoch vorgezogen, sich in ein gewisses unempfindliches Schweigen zu hüllen. In der heute stattfindenden Ministerberathung wird der Beschluß der Kommission erörtert und Stellung zu demselben genommen werden. Wenn das Ministerium aber dem Budgetausschuß auch so weit entgegenkommen zeigen wird, als es neben den vorgeschlagenen Abstrichen noch einige andere bezieht, so erscheint es doch ganz unmöglich, nur auf dem Wege von Ersparnissen zu dem gewünschten Resultate zu gelangen. Es läßt sich also nicht behaupten, daß der Zusammentritt der Kammer unter besonders günstigen Auspicien erfolge.

Das bereits von uns erwähnte neue russische Gesetz, durch welches die russischen Einfuhrzölle auf Roheisen, Eisen und Stahl, sowie auf Fabrikate aus diesen festgesetzt werden, setzt folgende Zölle fest:

Auf sämtliche metallische und mineralische Erze — ausgenommen Graphit oder Reissblei in Stücken, Kupferasche und pulverisiertes Eisen — 7 Goldlopfen per Pud;

auf Gußeisen in Stangen, Bruch und Spähnen über die Seegrenze eingehend 25, über die Landgrenze eingehend 30 Goldlopfen per Pud;

auf Eisen jeder Art in Platten und Stangen — ausgenommen das unten bezeichnete — ferner in Krümmen, Buddlingsstücken oder Vollankern in Bruch und Millars 50 Goldlopfen per Pud;

auf Eisen in Brettern und Platten über 18 Zoll breit, in Stangen über 18 Zoll breit oder hoch oder über 7 Zoll und mehr dick, gleich wie Stangeneisen, das $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Zoll infl. breit oder dick, 70 Goldlopfen per Pud;

auf Stahl in Stangen und faconirt, in Stücken und Bruch — ausgenommen der unten benannte — 50 Goldlopfen per Pud;

auf Blätter- und Plattenstahl über 18 Zoll breit, faconirtes Stahl über 18 Zoll breit oder hoch, resp. 7 Zoll und mehr dick, gleichwie Stahlangen, $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Zoll incl. dick, 70 Goldlopfen per Pud;

auf bearbeitetes Gußeisen, Abgüsse von Gußeisen ohne weitere Bearbeitung, wie Roste, Platten, Röhren, Ballen, Säulen, gußeisernes Zubehör für Dampfmaschinen, Waggonmaschinen, Eisenbahnen und deren Betrieb, 70 Goldlopfen per Pud;

auf Fabrikate aus Gußeisen, bearbeitet, gefeilt, polirt, geschliffen, verzinkt, bronzt, verzinkt, mit Zinn oder anderem ordinärem Material bedekt, mit Theilen von Holz, Kupfer, Bronze oder ohne solche, 140 Goldlopfen per Pud;

auf Eisen- und Stahlfabrikate, geschmiedet oder gegossen, unbefehlt oder an den Rändern und Kanten befeilt, aber nicht weiter bearbeitet, wie Anter, Ketten, Drahtseile, Nägel, Haken, Gloden, Mörtel, gleichwie Zubehör zu Dampfmaschinen, Waggonmaschinen, Eisenbahnen und zu Eisenbahnbetriebsmaterial 120 Goldlopfen per Pud;

auf Kesselschmiedearbeiten, wie Reservoirs, Becken, Rasten, Brücken, Röhren etc. 140 Goldlopfen per Pud;

auf bearbeitete Eisen- und Stahlfabrikate — besonders bezeichnete ausgenommen — mit oder ohne Theile aus Holz, Kupfer und Bronze, wenn die Fabrikate mehr als 5 Pfund wiegen, 140 Goldlopfen per Pud;

auf Handinstrumente für Handwerker und Künstler, sowie für Fabriken 140 Goldlopfen per Pud;

auf Maschinen und Apparate — ausgenommen landwirtschaftliche und Modelle dazu — auf Lokomotiven, Tender, Dampf- und Feuerspritzen und andere Dampfapparate, auf alle nicht besonders genannte, für Fabriken bestimmte Apparate, Maschinen aus Gußeisen, Eisen oder Stahl mit oder ohne Theile aus anderen Metallen, mechanische Ständer und deren Zubehör, sowie alle Maschinenteile, ausgenommen Kupferne oder solche, bei denen Kupfer das Hauptmaterial, 140 Goldlopfen per Pud;

auf Lokomotiven 200 Goldlopfen per Pud.

Der Einfuhrzoll auf Gußeisen in Stangen, Bruch und Spähnen von 25 resp. 30 Goldlopfen soll bis 1. (13.) Januar 1898 nicht herabgesetzt werden. Das Gesetz beauftragt ferner die Minister der Reichsdomänen und der Finanzen, wie schon erwähnt, Maßnahmen anzuarbeiten, welche in den westlichen Grenzgebieten zu treffen sind, damit dortselbst einer weiteren Entwicklung bestehender und der Gründung neuer Gußeisenschmelzereien und Eisenwerke, die mit ausländischem Material und ausländischen Arbeitern arbeiten, vorgebeugt werde.

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Im Laufe des gestrigen Vormittages hörte Seine Majestät der Kaiser den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher, arbeitete mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll, und hatte Mittags eine längere Konferenz mit dem Chef der Admiralität, Generalleutnant v. Caprivi. Um 2 Uhr unternahm Seine Majestät eine Spazierfahrt, nach der Rückkehr von derselben speisete die kaiserlichen Majestäten im Palais allein. Heute Vormittag nahm Seine Majestät der Kaiser mehrere Vorträge entgegen und empfing darauf den nach Hohenzollern versetzten Regierungspräsidenten v. Franke, den kommandirenden General Graf Wartensleben und den Oberstleutnant Möller

vom 9. Artillerieregiment. Nachmittags machte wiederum der Kaiser eine Spazierfahrt. Um 4 Uhr erschien Staatssekretär Graf Bismarck zu längerem Vortrag. Um 5 Uhr fand bei Ihren Majestäten Familientafel statt, an welcher Prinz und Prinzessin Wilhelm mit den andern hier anwesenden Mitgliedern des königlichen Hauses und die Prinzen von Hohenzollern sowie Herzog Günther von Augustenburg theilnahmen.

Es soll an höchster Stelle in's Auge gefaßt sein, daß Seine Majestät der Kaiser und in der Begleitung des Monarchen Fürst Bismarck Anfangs Juni nach Kiel sich begeben, um der Grundsteinlegung zur ersten Schleuse für den Nord-Ostsee-Kanal beizuwohnen.

Dem Bundesrathe ist nunmehr der schon angekündigte Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern vom 6. April 1885 zugegangen. Derselbe lautet: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Kurs der Anschlußzweignlinien im Mittelländischen Meere abweichend von dem im § 2 des Gesetzes betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern vom 6. April 1885 enthaltenen Bestimmungen festzusetzen.“ Der Entwurf will die gesetzliche Feststellung bestimmter Anlaufhäfen beseitigen, die Mittelmeerlinie auf die Strecke Brindisi-Port Said beschränken und Ausdehnung des Kurzes der Hauptlinie auf den Hafen von Genoa erwidern. Diese Vorschläge sind durch eine besondere Denkschrift erläutert, deren wesentlichster Inhalt bereits bekannt geworden ist.

Wolff's Bureau verbreitet folgende Meldung der „Kreuz-Zeitung“: „Der Entwurf des Branntweinsteuer-Gesetzes wird, wie wir aus bester Quelle erfahren, seitens des Reichstags dahin abgeändert werden, daß unter Fortfall der Nachbesteuerung für die Brennereicampagne 1887/88 durch ein Nothgesetz bereits eine erhebliche Beschränkung der Betriebe herbeigeführt wird.“ Zu dieser Meldung bemerkt die „Post“: „Es handelt sich wohl bis jetzt nur um eine obwaltende Absicht; daß diese besteht, davon war auch uns Mittheilung gemacht worden.“

Die nun in dritter Lesung vom Reichstage genehmigte Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen an der Universität Berlin wird im Herbst ins Leben treten. Als Lehrfächer werden dem Seminar die verfügbaren Räume der alten Börse im Lustgarten, welche früher der Bergakademie dienten, überwiesen werden. Geeignete Lehrkräfte sind zum Theil bereits gewonnen, zum Theil wird mit solchen noch unterhandelt.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte gestern nach unerheblicher Debatte in dritter Lesung den Nachtragsetat unverändert. Es folgte dann die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Kreisheilung in Posen und Westpreußen. Der polnische Abgeordnete Jazdzewski sprach namens seiner politischen Freunde gegen die Vorlage, Tiedemann-Labischin dafür. Minister v. Puttkamer erkannte ausdrücklich Jazdzewski gegenüber an, daß die Vorlage aus rein politischen Gründen eingebracht sei. Derselbe sei das letzte Glied in der Kette der Maßregeln zur Abwehr der fortgesetzten polnischen Agitation und zur Stärkung des Deutschtums in den polnischen Landestheilen. Die polnischen Hoffnungen und Wünsche gipfelten in dem Bestreben, das Königreich Polen wiederhergestellt zu sehen. Ohne dem Warten der Vorsehung und dem Gange der Weltgeschichte vorzugreifen, müsse er diese Hoffnungen als eine Chimäre bezeichnen. Der preussische Staat würde die polnischen Landestheile keinesfalls wieder herausgeben; er hoffe im Gegentheil, daß das polnische Element sich mit dem deutschen immer mehr verschmelze und verschmelzen werde. Gegenüber der gefährlichen, systematischen, klug berechneten Weise, wie die Polonisierung betrieben werde, reiche der Widerstand der deutschen Bevölkerung nicht aus, weshalb die Regierung ihrerseits zu gesetzgeberischen Schritten genöthigt sei. Auch in Westpreußen habe die polnische Agitation zugenommen, ja sie habe schon nach Pommern vorzudringen gesucht. Dem gegenüber müsse die Regierung die Frage verneinen, ob die bisherigen staatlichen Organisationen den Aufgaben gewachsen seien, welche ihnen aus der Hintanhaltung dieser Gefahr erwachsen. Daß die deutsche Bevölkerung mit der vorgeschlagenen Maßregel nicht einverstanden sei, scheine nicht zu befürchten zu sein; wenn dieselbe erst einige Zeit in Wirksamkeit sei, werde man gern anerkennen, daß sie richtig und geeignet sei, dem Wohle des Vaterlandes zu dienen. Im Laufe der Debatte ergriff der Minister v. Puttkamer wiederholt das Wort, um die Behauptungen, als seien die den Polen gegenüber bei der Besitzergreifung gemachten Zusagen nicht gehalten worden, entschieden zurückzuweisen. Die Zusagen wurden ausdrücklich von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Polen gute Preußen seien und solche bleiben möchten. Der Minister erwähnte ferner den Landtagsabschied von 1846, worin ausdrücklich ausgesprochen wurde, daß die Voraussetzungen für die Zusagen des Wiener Traktats bezüglich der polnischen Nationalität nicht erfüllt worden seien. Die Vorlage bezwecke ausschließlich die Integrität Preußens gegenüber den Bestrebungen der

Polen. Das Haus genehmigte die Theilung, beziehungsweise die Neugestaltung der Kreise Adelnau, Birnbaum, Frankfurt, Pissa, Gostyn, Gräs und Leutomischel nach den Kommissionsbeschlüssen, begann sodann die Debatte über die Kreise Jaroschin und Pleschen und vertagte die Beschlussfassung bis Montag.

Der Schluß des preussischen Landtags wird nicht, wie bisher angenommen worden, schon zum 14. ds., sondern wohl erst in der dritten Maiwoche erfolgen können, da die Zustimmung des Herrenhauses zu einigen vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Vorlagen eingeholt werden muß und die Kreisheilungsvorlage möglicher Weise noch zu Weiterungen führen wird.

Die neue Felddienordnung befindet sich dem Vernehmen der „N. Fr. Ztg.“ nach bereits im Druck, nachdem die mit der Aufstellung derselben betraute Kommission ihre Beratungen abgeschlossen und Seiner Majestät dem Kaiser darüber berichtet habe. Dem Vortrage, welchen die Kommission darüber gehalten, hat, wie verlautet, Seine Majestät das regste Interesse durch Eingehen auf viele Einzelheiten und durchgreifende Besprechung derselben entgegengebracht. Die von der Kommission beschlossene Verdeutschung zahlreicher bisher gebräuchlicher Ausdrücke wäre von Seiner Majestät genehmigt, nur bei einzelnen Bezeichnungen, welche in Folge vollständiger Einbürgerung sich nur schwer durch einen deutschen Ausdruck genau ersetzen lassen, ist das früher gebrauchte Wort wieder hergestellt worden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ setzt die Erörterung über die Vorgeschichte des Berliner Kongresses fort. Sie schreibt:

Die „Nowoje Wremja“ bestritt in einem uns heute zu Gesicht gekommenen Artikel die Richtigkeit der von uns zur Vorgeschichte des Berliner Kongresses gegebenen tatsächlichen Erläuterungen zwar nicht, behauptet aber trotzdem mit unlogischem Eigensinn, „Deutschland habe Rußland auf dem Kongresse verrathen“ — allerdings ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür beizubringen. Einen solchen Beweis zu führen, würde auch unmöglich sein. Wenn die „Nowoje Wremja“ die Ergebnisse des Berliner Kongresses als „Verrath an Rußland“ bezeichnen will, so trifft dies nur den Fürsten Gortschakoff als damaligen verantwortlichen Leiter der russischen Politik und dessen politische Gesinnungsgenossen, die bei den Verhandlungen von 1876 und 1877 thätig waren. Unter ihnen befinden sich, wenn wir nicht irren, gerade die Gönner der „Nowoje Wremja“. Es ist ein geschichtliches Faktum, daß der Kongreß auf Rußlands Wunsch und auf einer dem Fürsten Gortschakoff im Voraus mit andern Mächten vereinbarten Basis zusammenberufen wurde, und daß jeder offizielle russische Wunsch auf demselben die Unterstützung Deutschlands gefunden hat. Wir können es uns nicht erlauben, den Intentionen des panslawistischen Blattes gegenüber von neuem hierauf hinzuweisen, und haben im Uebrigen auf seine deflamatorischen Injurien nichts zu erwidern.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Mai. Im Herrenhause fand gestern die Beratung des Antrags Schmerling, bezüglich der viel-erörterten Sprachenverordnung des Justizministers, Freiherrn von Prazaal, statt. Das Herrenhaus nahm mit großer Majorität den Antrag Falkenhayn an, in welchem anerkannt wird, daß die rechtliche Seite der Sprachenverordnung nicht zu beanstanden sei und daß auch bezüglich der politischen Seite derselben keine Bedenken obwalten. (Vgl. den unten folgenden Sitzungsbericht.) — Der anlässlich des Jubelfestes des Prager (tschechischen) Turnvereins „Sokol“ geplante Festzug wurde von der Prager Polizeidirektion verboten. — Im ungarischen Unterhaus brachte der Abg. Franyi eine Interpellation ein, ob die Angabe der „Nordd. Allg. Ztg.“ begründet sei, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland hinsichtlich der Okkupation von Bosnien und der Herzegovina unterm 17. Januar 1877 eine Konvention abgeschlossen worden. Abg. Helyi interpellirte über die Stellung der Regierung gegenüber der Pariser Ausstellung. — Wie ferner aus Pest gemeldet wird, betragen die Bruttoeinnahmen der ungarischen Staatskassen im ersten Quartal dieses Jahres 71,486,680 fl., um 596,526 fl. weniger als im ersten Quartal 1886. Die Ausgaben betragen im ersten Quartal 85,162,804 fl., um 2,083,628 fl. weniger als im ersten Quartal 1886. Die Bilanz für das erste Quartal stellt sich um 1,487,000 fl. günstiger als in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres.

Im Herrenhaus wandte sich bei Beratung des Schmerling'schen Antrags betreffend die Prazaal'sche Sprachenverordnung der Abg. Unger gegen die vom Ministerpräsidenten Grafen Taaffe bei der ersten Beratung des Schmerling'schen Antrags (am 22. vor. Mts.) abgegebenen Erklärungen. Die Regierung behauptete, die Verordnung widerspreche nicht dem Grundsatz, daß die innere Amtssprache in Prag und Brünn die deutsche sei. Dennoch wolle sie die Verordnung mit dem Hinweis auf andere Ausnahmen, Tyrol, Dalmatien und Galizien, verteidigen. Redner suchte nachzuweisen, daß der von der Regierung aufgestellte Unterschied zwischen der inneren Amtssprache und der Gerichtssprache nicht existire. Die Regierung sei nicht berechtigt gewesen, die deutsche Amtssprache, deren Geltung auf dem Gewohnheitsrechte beruhe, durch eine bloße Ministerialverordnung abzuschaffen. Redner und seine Gesinnungsgenossen hätten zwar keine Aussicht, durchzu-bringen, aber sie kämpften für die Einheit der Sprache, der Justiz, des Staates. — Professor Maassen will die Verordnung, deren Gesetzmäßigkeit außer Frage sei, von ihrer politischen Seite betrachten. Durch den Krieg von 1866 sei Oesterreich aus Deutschland ausgeschlossen, eine Vereinigung der Deutschen Oesterreichs mit dem deutschen Reiche sei politisch und moralisch unmöglich, es bleibe den Deutschen Oesterreichs also nichts übrig, als diese Trennung als ein definitives, politisches Faktum anzusehen. Oesterreich sei fortan auf sich allein angewiesen und müsse trachten, seine Völker auf der Basis der Gleichberechtigung zu einem harmonischen Ganzen zu gestalten, um so mehr, als der nationale Ehrgeiz in unserer Zeit besonders lebhaft sei. Ein Privilegium der deutschen Sprache in Oesterreich existire nicht. Minister v. Prazaal konstatirt, daß die Auslegungen, welche Unger der Regierungserklärung vom 22. April gegeben habe, unrichtig seien. Die Regierungen hätten sich stets bestrebt, die Reichseinheit mit den verschiedenen Arten der Länder und der

Völker zu vereinigen, wodurch sie auch dem Willen des Kaisers entsprochen hätten. Deshalb sei im Jahre 1867 die Gleichberechtigung gesetzlich festgestellt worden und seien ferner deshalb seit 1868 viele Verordnungen erschienen, welche sich auf den Gebrauch anderer Sprachen als der deutschen beziehen. Die Verordnung vom 22. April 1872, welche von dem Ministerium, dem Unger angehörte, erlassen wurde, regelte die Anwendung der serbisch-kroatischen Sprache in Dalmatien. Das Recht der Regierungen, solche Verordnungen zu erlassen, sei niemals angezweifelt worden. Mitbestimmend für den Erlass der angeführten Verordnung sei das Bestreben gewesen, den Gang der Geschäfte in Prag zu vereinfachen. Den Unterschied zwischen der inneren Amtssprache und der Gerichtssprache (Verkehrssprache mit den Parteien) halte die Regierung bestimmt aufrecht. Wenn die Opposition auf ihren patriotischen dynastischen Sinn hinweise, so mache die Regierung ihrerseits auch auf diesen Sinn Anspruch und erinnere daran, daß der Kaiser keine bevorzugten Nationalitäten kenne und mit gleicher Liebe alle Völker umfasse, was auch in der Thronrede ausgedrückt worden sei, in welcher Oesterreich als der Hort des Rechtes seiner Länder und Völker bezeichnet wurde. — Nachdem noch Plener und Randa gesprochen, wurde die Sitzung auf Abends vertagt. In der Abenditzung des Herrenhauses erklärte Fürst Carlos Auersperg, daß die Verordnung Beunruhigung in die deutsche Bevölkerung getragen habe. Fürst Volkowicz bezweifelte nicht das Recht der Regierung, die Verordnung zu erlassen und führte aus, daß die Ordnung der Sprachenfrage nur ländersweise geschehen könne. Immer müsse die Gleichberechtigung bewahrt und dem praktischen Bedürfnis Rechnung getragen werden. Der Ruf nach Zweitheilung Böhmens werde im Hause keinen Anhänger haben, weil er in seinen äußersten Konsequenzen die Zerstückelung Oesterreichs bedeute. Ministerpräsident Graf Taaffe trat den Äußerungen des Fürsten Auersperg von dem Freibrief entgegen. Der österreichische Staatsgedanke habe fests der Regierung vorgezeichnet und werde ihr immer vorstehen; andernfalls wäre sie nicht würdig, auf diesem Platze zu sein. Die Regierung lege Verwahrung ein gegen den Antrag Schmerling, da sie schon in der Kommission die Gesetzmäßigkeit der Verordnung nachgewiesen habe. Referent Falkenhayn verzichtete auf das Wort. Schmerling bemerkte, daß er in diesem Hause nicht als Präsident des Obersten Gerichtshofes, sondern als Mitglied spreche und Anträge stelle. Der Vorwurf, daß sein Antrag eine Anklage gegen die Regierung enthalte, sei ungerechtfertigt; die Konstatierung einer abweichenden Meinung sei keine Anklage. Die rechtliche Seite der Frage sei mindestens zweifelhaft; die Behauptung, die Regelung der Sprachenfrage gehöre der Exekutive an, sei ein zweifelhaftes Schwert; von einer Schädigung der Autorität der Regierung könne nicht gesprochen werden; auch die jetzige Regierung wolle zweifellos das Beste, aber niemand sei unfehlbar. Redner und seine Genossen würden sich sehr freuen, wenn die Ereignisse beweisen, daß sie zu schwarz gesehen. Nach einem Schlußworte des Referenten Contad wurde auf Antrag Falkenhayn's über jeden Antrag abgestimmt. Nachdem von dem Antrage der Majorität der erste Abgat, für den sich nur 8 Stimmen erklärten, sowie der zweite Abgat mit 72 gegen 47 Stimmen abgelehnt war, wurde von den Anträgen der Minorität der Antrag Schmerling ebenfalls abgelehnt und alsdann von dem Antrag Falkenhayn der erste Abgat mit großer Majorität angenommen und schließlich auch der zweite Abgat genehmigt.

Frankreich.

Paris, 9. Mai. (Tel.) Bei den gestern hier stattgehabten Gemeinderathswahlen sind 24 Autonomisten, 10 Radikale, 10 Konservative und 6 Sozialisten gewählt worden; 30 Stichwahlen sind notwendig. Unter den gewählten Konservativen befindet sich der Expräsekt des Seine-Departements, Duval. Zur Verhütung von Ruhestörungen waren tagsüber die Wachposten verdoppelt und für den Abend nachdrucksvolle Maßregeln getroffen worden, um jede gefährdende Kundgebung zu unterdrücken. Der Tag scheint indessen ruhig verlaufen zu sein. — Aus Havre wird gemeldet, daß der Ministerpräsident Goblet und der Handelsminister Lokroy, welcher den Vizepräsidenten dorthin begleitet hatte, im Laufe des Vormittags den Hafen und die Docks besichtigten. Nachmittags 2^{1/2} Uhr kehrten dieselben nach Paris zurück. — Der „Temps“ meldet, daß Frankreich seine Flagge auf den Wallisinseln, nordwestlich von den Freundschaftsinseln, aufgehißt habe.

Man schreibt der „Nordd. Allg. Ztg.“: Das sehr wichtige Uebereinkommen, das zwischen Frankreich und dem Kongoflat getroffen worden ist, bezieht sich auf drei Punkte: 1) Frankreich gestattet dem unabhängigen Kongoflat, die Rententitel seiner Anleihe bis zur Höhe von 80 Millionen Mark an der Pariser Börse zum Verkauf zu offeriren. 2) Die Grenze zwischen den französischen Besitzungen und dem Gebiet des Kongoflates an oberem Kongo wird durch Dubangi gebildet, dessen rechtes Ufer Frankreich und dessen linkes dem Kongoflat angehört. Dabei ist festgesetzt worden, daß, falls der Dubangi, dessen oberer Lauf noch unbekannt ist, über den 20. Grad östlicher Länge von Greenwich hinaus auf Kongogebiet hinüberreicht, dieser Theil des Uferlandes nicht französisch sein soll. 3) In dem Fall, der allerdings von Tag zu Tag unwahrscheinlicher wird, daß der Kongoflat sich seines Besitzes entäußern sollte, kann der Souverän den belien abtreten, ohne Frankreich zu fragen. Wenn aber die Abtretung nicht an Belgien geschieht, dann bleibt Frankreich gegenüber den anderen Mächten ein Anrecht gesichert. Diese Uebereinkunft bietet wichtige Vortheile für beide Theile und schlichtet die letzte diplomatische Schwierigkeit, welche für den Kongoflat noch zu lösen war. Der in Berlin so vortheilhaft bekannte Baron Lambert hat die diesbezüglichen Verhandlungen für den Kongoflat geführt.

Italien.

Rom, 8. Mai. Die Bekanntmachung, durch welche der neue Befehlshaber von Massanah, General Saletta, die Blokade verhängt hat, lautet: „Die Küste von Massanah bis zu dem Punkt gegenüber der Insel Dufnein wird in Blokadezustand erklärt. Längs der genannten Küstestrecke ist jedweder Handel oder Verkehr mit Abyssinien und Angehörigen dieses Landes verboten. Jedes Schiff, welches dem zuwiderhandelt, wird dem Urtheil des in Massanah zu errichtenden Priesengerichts unterworfen, welches Fahrzeug und Ladung nach den Bestimmungen des Völkerrechts behandeln wird.“ — Ueber die Besitzergreifung eines Punktes der Nothen-Meer-Küste südwärts von Massanah durch die Spanier theilt ein Madrider Privattelegramm nach dem dortigen „Liberal“ Folgendes

mit: „Schon seit einiger Zeit hatte die spanische Regierung die Nothwendigkeit erkannt, den Schiffen, welche nach den spanischen Besitzungen in Oceanien fahren, einen Zufluchtsort für Nothfälle zu verschaffen und an der Küste des Nothen Meeres ein sicheres Gebiet zu erwerben, wo sich eine spanische Faktorei errichten lasse. Nach langen Nachforschungen fand die Kommission das gewünschte Terrain und einigte sich mit einem eingeborenen Häuptling, dem dasselbe gehörte, über einen Kaufpreis von 125,000 Pesetas. Die Kommission erstattete nach ihrer Rückkehr Bericht an die Regierung, welche zu allem ihre Zustimmung gab. Vor mehr als einem Monat ist ein Offizier mit Geldmitteln abgegangen und gegenwärtig hat ein einseitiger Seemann, der die erste Expedition geleitet hat, jedenfalls die Besitzergreifung auf dem kleinen Territorium vollzogen. Da der Besitz des Platzes — so schließt der „Liberal“ — lediglich einen kommerziellen Zweck hat und einzig dazu bestimmt ist, für die Bedürfnisse der spanischen Fahrzeuge zu dienen, so ist die neue Erwerbung nicht den Bewidlungen ausgesetzt, welche die Niederlassung der Italiener in Massanah hervorgerufen hat.“ Nach dem „Temps“ ist die Errichtung einer Faktorei und die Anlegung einer Kohlenstation beschlossene Sache.

Spanien.

Madrid, 8. Mai. Die Deputirtenkammer nahm gestern mit 206 gegen 50 Stimmen die Einführung der Geschworenengerichte an. Die Republikaner und die Reformpartei stimmten für, die Konservativen gegen die Vorlage.

Großbritannien.

London, 9. Mai. (Tel.) Der „Morning Post“ zufolge lehnte auch die englische Regierung eine offizielle Theilnahme Englands an der Pariser Weltausstellung ab. (Die Nachrichten, denen zufolge die französische Republik angesichts der ablehnenden Haltung des Auslandes die Ausstellung auf 1890 verschoben wollte, sind indessen nach den Äußerungen des Ministerpräsidenten Goblet in Havre unbegründet.) — Der deutsche Botschafter am englischen Hofe, Graf v. Hatzfeldt-Wildenburg, ist vom Urlaub nach London zurückgekehrt und hat die Geschäfte der hiesigen Botschaft wieder übernommen. — Großbritanniens Staatseinkünfte beliefen sich im April einschließlich eines vorgetragenen Saldo's von 5,950,107 Lst. auf 7,889,609 Lst. gegen 8,260,846 Lst. im entsprechenden Monat des vorhergehenden Finanzjahres, das mit einem Saldo von 5,625,944 Lst. begann. Die Ausgaben betragen im April 9,158,615 Lst. gegen 9,234,750 Lst. im April 1886. Das Ueberschuss des Staatsschatzes bezifferte sich am 30. April auf 3,619,130 Lst. gegen 4,654,946 Lst. im Vorjahre. — Im Unterhaus ist der Antrag Gladstone's auf Erneuerung eines Unterhausauschusses zur Untersuchung der Anklage gegen die „Times“, welche Dillon als Lügner bezeichnet hat, mit 317 gegen 233 Stimmen abgelehnt und hierauf der Antrag der Regierung angenommen worden, worin erklärt wird, der Artikel der „Times“ involvire keinen Bruch der Parlamentsprivilegien, die Regierung sei aber bereit, die Angelegenheit durch eine Verleumdungssache gegen die „Times“ vor Gericht zum Austrag zu bringen. Im Laufe der Debatte theilte Fowler mit, Parnell habe sich telegraphisch bereit erklärt, die Untersuchung auf seinen angeblichen Brief auszubehnen. Goshen wies darauf hin, daß ein Unterhausauschuss nicht das gehörige Tribunal sei, weil es aus Parteimännern bestehe; die Regierung habe, den Ernst der Frage erkennend, ihre Bereitwilligkeit erklärt, eine Prüfung dieser hochwichtigen Frage vor den Gerichten zu erleichtern. Nach der von Seiten Dillon's abgegebenen Erklärung wird derselbe von dem Anerbieten der Regierung keinen Gebrauch machen und die Angelegenheit wird daher unerledigt bleiben. Dem Ansehen der Parnelliten und Gladstonianer dürfte dieser Verlauf der Sache nicht eben dienlich sein. Aber auch der Regierung hat Lewis keineswegs zu Gefallen gehandelt, denn dieser ist alles unangenehm, was auf die Erledigung der irischen Strafrechtsnovelle hindern einwirken kann. — Die liberalen Unionisten setzen den Wählerkreis der Home-Ruler in den letzten Tagen eine starke Agitation entgegen. Vorgestern haben Goshen in Kon und Hartington in Leeds sehr energisch gegen Gladstone und seine jetzige Haltung gesprochen. — Ueber die Aufhebung des Frohndienstes in Egypten soll zwischen Frankreich und England Folgendes ausgemacht worden sein: Die Abführungssummen sollen ausschließlich zum Unterhalt der ägyptischen Armee verwendet werden. Andererseits soll das Budget für die öffentlichen Arbeiten um eine ebenso große Summe wie sie zur Aufhebung der Frohnden nothwendig ist, verstärkt werden und diese Zuschlagssumme soll unter die Kontrolle der Staatsschuldenkasse gestellt werden.

Die Verhandlungen der Kolonialkonferenz, welche bereits drei Wochen dauern und nicht öffentlich waren, nähern sich ihrem Ende. Wie wir einem Berichte des „Standard“ entnehmen, bildete den ersten Gegenstand der Verhandlungen die Vertreibung Australiens. Zuerst verlangte die Reichsregierung, daß die Kolonien alle Kosten für die Unterhaltung der Flotten tragen sollten, allein als diese Forderung entschieden zurückgewiesen wurde, erklärte die Regierung, daß sie sich mit einer jährlichen Zahlung von 120,000 Lst. für 10 Jahre begnügen werde. Sodann wurde über die Postverbindung zwischen dem Mutterlande und den Kolonien verhandelt. Victoria zahlt jetzt der Peninsular und Oriental Company eine Subvention im Betrage von 58,000 Lst. jährlich, Neu Süd Wales der Orient Company 62,000 Lst., Neu Seeland und Neu Süd Wales der Union Company 50,000 Lst., für die kalifornische Route Queensland der British India Company 55,000 Lst. Es wird wahrscheinlich ein gemeinsamer wöchentliches Postdienst eingerichtet werden, wofür die Kolonialregierungen 170,000 Pfund Sterling für sieben Jahre aufgeben haben, wobei die Fahrt von London nach Adelaide 32–32^{1/2} Tage dauern soll. Die australischen De-

legierten sind mit der Ausdehnung des Pennypostens auf die Kolonien nicht einverstanden, wohl aber, so meinte man, könnte der Preis auf 3 Pence per Brief reduziert werden, wenn man auf eine Beförderung der Post durch Frankreich und Italien, welche jetzt 3 1/2 Pence per Brief erhalten, verzichten wollte. Bei einem solchen Arrangement würde aber die Beförderung acht Tage länger dauern. In den Weltpostverein würden die Kolonien nur dann eintreten, wenn man jeder derselben eine besondere Stimme einräumen wollte, was vor zwei Jahren auf der Berliner Konferenz abgelehnt wurde. Die Frage wegen der submarinen Telegraphen wurde eingehend erörtert. Der Präsident der Eastern Telegraph Companies, Mr. Pender, schlug den australischen Kolonien vor, daß sie den Compagnien eine Durchschnittseinnahme, wie sie sich aus den letzten 3 Jahren vor 1887 ergebe, garantieren möchten, wofür die Compagnien den Tarif auf 4 Schilling per Wort reduzieren würden. Beschlossen wurde nichts. Auch eine Kabelverbindung über Canada (Vancouver) nach Brisbane (Queensland) wurde besprochen. Dagegen nicht auf dem Programm stehend, bildete doch die Angelegenheit wegen der Neuen Hebriden den Gegenstand sehr lebhafter Debatten. Die Reichsregierung ist nämlich geneigt, eine französisch-englische Kommission mit der Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Neuen Hebriden zu betrauen, allein die Delegierten sprachen sich sehr entschieden gegen irgend eine Anerkennung der Ansprüche Frankreichs aus. Eine Rede Lord Salisbury, welcher die Kolonien tabelte, weil sie gegen ein Kompromiß mit Frankreich seien, erregte die größte Unzufriedenheit. Der Generalagent für Victoria beglückwünschte ironisch Lord Salisbury zu seiner Rede, welche sich im Munde des französischen Premierministers ausgezeichnet gemacht hätte. In Betreff Neu-Guineas wurde ein Einverständnis erzielt in dem Sinne, daß England 30,000 Pf. und die Kolonie 15,000 per Jahr zahlen. Bei der bevorstehenden Konferenz in Washington (?) sollen Vorschläge gemacht werden, nach denen Deutschland, England oder die Vereinigten Staaten mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in Samoa betraut werden sollen. Ueber mehrere andere, weniger wichtige Fragen scheint die Konferenz ebenfalls zu keiner Einigung gelangt zu sein.

Serbien.

Belgrad, 8. Mai. Die Ministerkrisis dürfte nach den jetzigen Dispositionen mit einer Rekonstruktion des Ministeriums Sarajchanin enden.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 9. Mai.

Gestern, Sonntag, den 8. ds., nach dem Gottesdienst in der Schlosskirche erhielten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin verschiedene Personen Audienz und folgten einer Einladung Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Elisabeth zur Familientafel.

Heute Vormittag empfing der Großherzog den Staatsminister Turban zur Vortragserstattung und ertheilte dem Herrn Offizianten von Verholz eine Privataudienz.

Nachmittags bis Abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo, des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Majors von Eichhorn und empfing den Ministerialrath Büchtemeyer.

Ihre Königlichen Hoheiten der Erbprinzessin und die Erbprinzessin beabsichtigen Dienstag den 10. ds. Cannes zu verlassen und über Genua, Mailand und Verona nach Gries bei Bozen sich zu begeben, um daselbst einen kurzen Zwischenaufenthalt vor der Rückkehr in die Heimath zu nehmen.

Die Nachrichten über das Befinden Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs lauten fortdauernd, Gott sei Dank, sehr günstig.

* Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt für die vereinigte evangel.-protest. Kirche des Großherzogthums Baden“ Nr. 8 enthält: die Mitteilung von Ordens- und Medailleverleihungen, Dienstanordnungen, eine Erinnerung bezüglich der Aufstellung der Vorschläge für die evang.-kirchlichen Ortsfonds, Anzeigen der Vereisung von Pastorationsgeistlichen, Pfarverwaltungen und Vikaren, von Stifungen, einer Dienstverleihung und eines Todesfalls, sowie eine Notiz „zur Nachricht“.

Der von der Kirchgemeinde Bergshausen gewählte und präferirte Pfarver Heinrich Mangold in Wengen wurde zum Pfarver in Bergshausen ernannt. — Die evangelischen Pfarren Niederenggenen, Dörfel Mühlheim, und Kuppenheim, Dörfel Laub, sollen wieder besetzt werden. Die Bewerber haben sich durch ihre Delonate beim evangelischen Oberkirchenrat zu melden.

* (Postagenturen.) Am 10. Mai d. J. wird in den Orten Michelfeld bei Eichersheim und Schillingstadt bei Borsberg je eine Postagentur in's Leben treten.

* (Neue Telegraphenanstalt.) Am 10. Mai wird in Zwingenberg (Baden) in Vereinigung mit der daselbst bestehenden Postagentur eine Reichs-Telegraphenanstalt mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

* (Petitionen an den Reichstag.) In dem soeben ausgegebenen sechsten Verzeichnisse der beim Reichstage eingegangenen Petitionen sind wiederum mehrere aus dem Großherzogthum Baden eingesandte angezeigt. Das Comité zur Beseitigung der durch den Hausfischhandel hervorgerufenen Mißstände und Schäden, Ernst u. Kollhagen und Genossen zu Heidelberg im Auftrage von 808 Handelsfirmen, bittet um Abänderung des § 56 der Gewerbeordnung, Hausfischhandel betr.; die Handelskammer für den Kreis Heidelberg nebst der Stadt Eberbach zu Heidelberg schließt sich der vorstehenden Petition an. Hermann Bivell, Kaufmann zu Wolfach, und Genossen bitten gleichfalls um Abänderung der Gewerbeordnung bezüglich des Hausfischhandels. Der Verband deutscher Speiseölfabrikanten zu Heidelberg bittet zum Ausgangspunkt der gesetzlichen Regelung der Kunsthutter-Frage den von den verbündeten Regierungen vorgelegten Gesetzentwurf nehmen zu wollen und die Abänderungsanträge, welche die Färbung der Kunsthutter und das Verbot der Zeichnung der Surrogate in einer Wortzusammenfügung mit dem Namen „Butter“ bezwecken, abzulehnen. Die Handelskammer für den Kreis Heidelberg schließt sich der Petition des Verbandes deutscher Speiseölfabrikanten an; ebenso die Handelskammer für den Kreis Mannheim.

* (Berufsjubiläum.) Am 7. d. M. feierte Herr Heinrich Dobmann, erster Lithograph der Müller'schen Hofbuchdruckerei, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Dasselbe wurde in

festlicher Weise und unter zahlreicher Theilnahme von Prinzipalen, Kollegen und Freunden im „Weißen Bären“ gefeiert. Nach üblicher Ansprache wurden dem Jubilar als Ehrengaben ein künstlerisch ausgeführtes Gedendblatt, goldene Uhrkette nebst Medaillon überreicht. Eine besondere Auszeichnung wurde dem Gefeierten von S. K. M. dem Großherzog durch Verleihung der goldenen Erinnerungsmedaille und von S. K. M. der Großherzogin durch das Geschenk einer prächtigen Standuhr mit der Büste Sr. Majestät des Kaisers zu Theil, welche beide Gaben dem Jubilar durch die Prinzipale Herren Wilhelm und Max Müller übergeben wurden. Unter Toasten, Gesangsvorträgen u. s. w. fand die Feier ihren schönsten Verlauf.

(Der Gewerbeverein Karlsruhe und der Badische Kunstgewerbeverein) haben, einem Wunsch des letzteren entsprechend, die gewöhnliche Abhaltung ihrer Vereinsabende diesmal vertauscht, so daß Mittwoch den 11. Mai im Kunstgewerbeverein Herr Direktor Baag von Forstheim einen Vortrag über die Grabdenkmäler der Schlosskirche zu Forstheim und Meister Johann Trarbach abhalten wird, während am 18. d. M. im Gewerbeverein Herr Kaufmann W. Verflinger über Beschäftigung und die für die Gewerbetreibenden wissenschaftlichen Bestimmungen der Allgemeinen Deutschen Beschäftigungsverordnung sprechen wird.

—h. (Deutscher Schulverein.) Bei dem am letzten Samstag vom Deutschen Schulverein veranstalteten Familienabend erhaltete Herr Stadtpfarver Vängin Bericht über die in Wiesbaden abgehaltene Delegiertenversammlung. Von allen Seiten waren in Wiesbaden Delegierte erschienen. Die Wahl des Vereinsnamenten bezeichnet Redner als keine glückliche, da sie falsche Anschauungen über die Ziele des Vereins zulasse; trotzdem stand man von einer Namensänderung ab. Die Aufgabe des Vereins sei „Schutz der deutschen Kultur und vor Allem der deutschen Schule im Ausland“. Das Referat wurde sehr beifällig aufgenommen und dann zum zweiten Theil des Programms übergegangen. Hierzu hatten ihre Mitwirkung angefragt die Damen Frau Hoed, Frau Pfaff und Fr. Eferst, sowie die Herren Hofkapellmeister a. D. Vincenz Kochner, Pfaff und Gahner. Am Abend selbst kamen noch die Herren Bastermann und Winds. Die gebotenen Leistungen waren sehr befriedigend und die Mitwirkenden erwiderten den wärmsten Dank für die thätigste Unterstützung.

Verschiedenes.

Berlin, 8. Mai. Ueber die chemische Zusammenfügung des Melinitis hatte der hiesige Professor der Chemie, Dr. Scheibler, dem Kriegsministerium bereits zu einer Zeit Mitteilung gemacht, wo diese Zusammenfügung noch nicht in weiteren Kreisen bekannt war, und gleichzeitig hatte derselbe eine Anzahl von Melinitproben wechselnder Mischung an die königliche Artillerie-Prüfungskommission abgeliefert. Bei diesen Proben hat sich nun die interessante Thatsache ergeben, daß sich dieser Sprengstoff mit der Zeit von selbst entmischt, wobei Stickoxydgas oder salpetrige Säure frei wird. Das Melinit eignet sich hiernach nicht zu kriegerischen Zwecken, was man auch in Frankreich schon eingesehen zu haben scheint, da man von seiner weiteren Verwendung absteht und das bereits vorhandene Material vernichtet. Das Experiment soll Frankreich über 50 Millionen Franken gekostet haben, wovon nur die deutschen Pflanzsäure- und Schwefelsäurefabrikanten einen Nutzen gehabt haben würden. Vielleicht hat dasselbe noch ein wissenschaftlich interessantes Resultat, da nach der Meinung des Herrn Scheibler die in dem Melinit enthaltene Schießbaumwolle (Hexanitrocellulose) bei der Selbstentzündung in Zucker übergeht; Herr Scheibler gedenkt den chemischen Prozeß der Selbstentzündung wissenschaftlich weiter zu verfolgen.

W. Dresden, 8. Mai. (Die internationale Gartenbau-Ausstellung) ist gestern Mittag im Beisein des Königs, der Königin, des Prinzen Georg, der Herzogin Adelheid und der Prinzessinnen Luise, Sophie und Feodora von Schleswig-Holstein, des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, sowie sämtlicher Minister und Gesandten, der Generalität und vieler Mitglieder der Staats- und städtischen Behörden eröffnet worden. Die Eröffnungssprache hielt der Oberbürgermeister Dr. Stübel, nach derselben machten der König, die Königin und die übrigen Fürstlichkeiten einen Rundgang durch die außerordentlich reich besichtigten und einen glänzenden Anblick bietenden Ausstellungsräume.

A. H. Paris, 8. Mai. (Schiffszusammenstoß.) Nach hier eingelaufenen Nachrichten ist das Dampfschiff „Champagne“ der Transatlantischen Gesellschaft, welches gestern

New-York ausgelaufen ist, auf See von einem anderen Schiffe angerannt worden und, da es seine Reise nicht fortsetzen konnte, bei Arromanche auf den Strand gelaufen. Der Zusammenstoß fand mit dem italienischen Schiffe „Villabero“ um Mittag statt und war durch starken Nebel verursacht worden. Die Passagiere des „Champagne“ wurden von dem englischen Dampfer „Vultur“ aufgenommen und sind gegen Morgen hier eingetroffen. Das Dampfschiff „Champagne“ hatte 900 italienische Auswanderer und gegen 100 andere Passagiere an Bord. Bei dem Zusammenstoß mit dem „Villabero“ sollen drei Matrosen und gegen 50 Auswanderer den Tod in den Wellen gefunden haben; von den Passagieren und der Schiffsmannschaft des „Villabero“ ist Niemand zu Schaden gekommen. Die „Champagne“ hoffte man noch im Laufe des gestrigen Tages wieder flott machen zu können.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 9. Mai. Der Reichstag genehmigte nach längerer, von Brömel, v. Karbortz, Barth und v. Frege über die Getreidezölle geführter Debatte die Nachtragskonvention mit Rumänien in erster und zweiter Lesung unverändert und nahm ferner in zweiter Lesung das Gesetz betreffend den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen mit dem Antrag Vanda an, wonach das Gesetz am 1. Oktober 1889 in Kraft tritt; desgleichen erfolgte diskussionslos die zweite Lesung des Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der kaiserlichen Beamten in den Schutzgebieten und die Annahme des für den Neubau des Botschaftsgebäudes in Paris geforderten Nachtragskredits. Morgen findet die erste Lesung der Branntweinsteuer-Vorlage statt.

Berlin, 9. Mai. Das Abgeordnetenhaus beendete die zweite Beratung der Kreisheilungsvorlage und lehnte dabei die Theilung der Kreise Neustadt und Schwyz ab, nahm dagegen den Rest der Vorlage fast durchgängig nach den Kommissionsanträgen an. Der Gesetzentwurf betreffend die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen wurde ohne Diskussion genehmigt. Morgen kleinere Vorlagen.

Berlin, 9. Mai. Der kaiserlich russische Botschafter am hiesigen Hofe, Graf Schwaloff, ist heute Morgen hier wieder eingetroffen.

Paris, 9. Mai. Ministerpräsident Goblet richtete ein sehr entgegengesetztes Schreiben an die Budgetkommission, in welcher er mittheilt, daß er sich der Kommission zur gemeinsamen Prüfung der vorgeschlagenen Ersparnisse zur Verfügung stelle.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Dienstag, 10. Mai. 65. Ab. - Vorst.: „Der Antheil des Teufels“, komische Oper in 3 Aufzügen, von Auber. Anfang 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

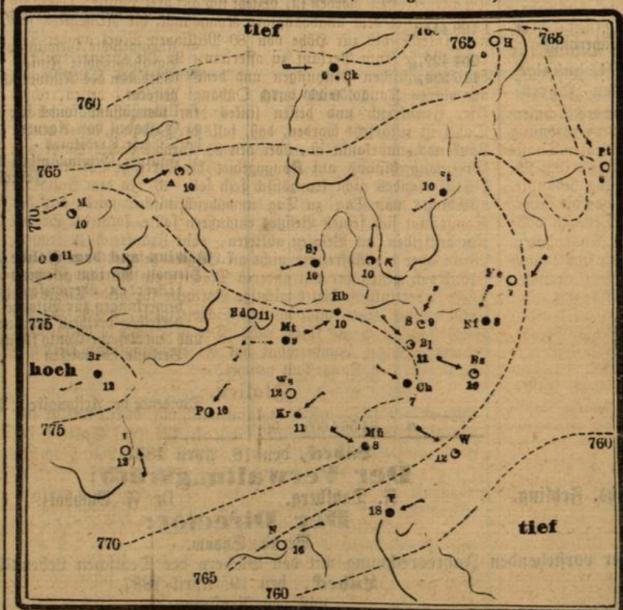
Karlsruhe. Auszug aus dem Standebuch-Register. Eheaufgebot. 7. Mai. Christof Ulrich von Teuffel, neureuth, Privatier hier, mit Julia Müller von Neunkirchen. Todesfälle. 6. Mai. Emilie, 1 J. 3 M. 14 T., B.; Neher, Eisen gießer. — 8. Mai. Karl Pfisterer. — Freiherr Leopold von Böcklin, Chem., Oberst a. D., 81 J. — Magdalena Appenzeller, leib. Dienstmädchen, 21 J. — 9. Mai. Gretchen, Ehefrau von Kaufmann Ruhn, 31 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. in mm	Therm. in C.	Wind. in m	Relativ. Feucht. in %	Wind. in m	Simmel.
7. Nachts 9 U.	758.8	+11.8	8.6	84	N ₁	bedeckt
8. Mrgs. 7 U.	757.7	+ 8.3	6.5	79	N ₁	"
8. Mittags 2 U.	758.6	+11.0	7.1	73	N ₁	"
8. Nachts 9 U.	760.7	+10.0	6.8	74	N ₀	"
9. Mrgs. 7 U.	759.8	+ 9.8	7.9	87	SW ₀	"
9. Mittags 2 U.	757.9	+18.0	6.3	41	WN ₁	klar

Regen = 8.7 mm der letzten 24 Stunden. Wasserstand des Rheins. Mainz, 8. Mai, Mrgs. 4.10 m, gestiegen 15 cm. — 9. Mai, Mrgs. 4.26 m, gestiegen 16 cm.

Wetterkarte vom 9. Mai, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Ein barometrisches Maximum von über 770 mm liegt über Island, England, Frankreich und Westdeutschland, Depressionen unter 760 mm über Nordwesteuropa und Balkanhalbinsel. Bei schwacher Luftbewegung und durchschnittlich normalen Wärmeverhältnissen ist das Wetter über Centraluropa vorwiegend heiter und trocken, nur im südlichen Deutschland ist stellenweise Regen gefallen, in München 18 mm. Gewitter werden nicht gemeldet. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 9. Mai 1887.

Staatspapiere.		Bauaktien.	
4 1/2% Deutsche Reichsanleihe	106.15	Staatsbahn	181. —
4% Preuss. Konf.	105.95	Lombarden	58 1/4
4% Baden in fl.	103.55	Galizier	165. —
4% in M.	104.90	Elbthal	131 1/2
Deherr. Goldrente	90. —	Niederrhein	136.60
4% Ungar. Goldr.	80.10	Hess. Ludwigsbahn	—
1877r. Russen	96. —	Silberb.	65.80
1880r.	81.70	Lübeck-Wischow	—
II. Orientanleihe	55. —	4% Gotthard	101.10
Italiener comp.	96.20	1877r. Russen	96. —
Ägypter	75.40	1880r.	81.70
Spanier	64.40	II. Orientanleihe	55. —
5% Serben	79.40	Italiener comp.	96.20
Kreditaktien	223.50	Ägypter	75.40
Disconto-Kommandit	193.20	Spanier	64.40
Basler Bankver.	152.90	5% Serben	79.40
Darmstädter Bank	137. —	Kreditaktien	223.50
5% Serb. Hyp. Ob.	80.30	Disconto-Kommandit	193.20
		Basler Bankver.	152.90
		Darmstädter Bank	137. —
		5% Serb. Hyp. Ob.	80.30
		Kreditaktien	223.50
		Disconto-Kommandit	193.20
		Basler Bankver.	152.90
		Darmstädter Bank	137. —
		5% Serb. Hyp. Ob.	80.30

Deutsche Reichsanleihe 106.15, Lombarden 58 1/4, Galizier 165. —, Elbthal 131 1/2, Niederrhein 136.60, Hess. Ludwigsbahn —, Silberb. 65.80, Lübeck-Wischow —, Gotthard 101.10, 1877r. Russen 96. —, 1880r. 81.70, II. Orientanleihe 55. —, Italiener comp. 96.20, Ägypter 75.40, Spanier 64.40, 5% Serben 79.40, Kreditaktien 223.50, Disconto-Kommandit 193.20, Basler Bankver. 152.90, Darmstädter Bank 137. —, 5% Serb. Hyp. Ob. 80.30. Tendenz: fest.

Berlin. Kreditaktien 448. —, Staatsbahn 362.50, Lombarden 137.50, Disco-Kommand. 192.90, Vaurahütte 70.60, Dortmund 52.40, Marienburger 43.90, Niederrhein —, Tendenz: —. Wien. Kreditaktien 278.90, Staatsbahn 362.50, Lombarden 137.50, Disco-Kommand. 192.90, Vaurahütte 70.60, Dortmund 52.40, Marienburger 43.90, Niederrhein —, Tendenz: —. Paris. 4 1/2% Anleihe —, Spanien 64 1/2, Ägypter 75, Ottomanen 510, Tendenz: —.

Todesanzeige.
 F. 476. Karlsruhe.
 Heute Mittag ein Uhr ver-
 schied nach kurzem Leiden,
 im Alter von 81 Jahren, unser
 lieber Gatte, Vater und Schwieger-
 vater
Freiherr Leopold Böcklin
 von Böcklinsau,
 Königlich Preussischer Oberst a. D.
 Karlsruhe, den 8. Mai 1887.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
 Freiherr Richard Böcklin
 von Böcklinsau,
 Groß. Badischer Kammerherr.
 Beerdigung Dienstag Nachmittag
 4 Uhr vom Sterbehause, Kriegs-
 straße 37.
 Auf ausdrücklichen Wunsch des
 Entschlafenen werden Blumenpen-
 den dankend abgelehnt.

Todesanzeige.
 F. 484. Heidelberg.
 Freunden und Bekannten
 mache ich hiermit die schmerz-
 liche Mitteilung, daß meine in-
 nigst geliebte Tochter
 Frau Professor **Sophie Brie**
 heute Nachmittag in Breslau nach
 kurzer Krankheit unerwartet schnell
 gestorben ist.
 Heidelberg, den 7. Mai 1887.
 Frau Kirchenrath **Schenk**.
 E. 379.3. Soeben erschien in unserem
 Verlag und ist vorrätig in allen Buch-
 handlungen:
 Die
Gesundheitspflege der Augen.
 Eine
 populär-medizinische Studie
 von
Dr. Theodor Gelpke,
 Augenarzt in Karlsruhe.
 Mit 1 Tafel.
 Preis 80 Pfennig.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung,
 Karlsruhe.

Badischer Frauenverein.
 Unter Bezugnahme auf unsern Aufruf vom 18. März d. J. bringen wir
 zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eröffnung des angekün-
 digten Kurses zur
Ausbildung von Landfrauenpflegerinnen auf
 Dienstag den 17. Mis.
 festgesetzt ist.
 Wir ersuchen deshalb die verehrlichen Frauenvereine, Gemeinden oder
 sonstige Verbände, welche die Beteiligung von Schülerinnen an diesem Kurse
 zu beantragen wünschen, dieselben alsbald unter Vorlage der erforderlichen
 Zeugnisse bei uns anzumelden.
 Karlsruhe, den 6. Mai 1887.
Der Vorstand der Abtheilung III. E. 467.1.

Bad und Luftkurort Kirnhalden
 im bad. Schwarzwald, 900' über dem Meere, Eisenbahn-
 Station Kenzingen.
 empfiehlt sich durch seine reizende geschützte Lage inmitten üppiger Buchen- und
 Tannenwäldchen. Erquickende Bergluft. Angenehme Ausflüge mit Fern-
 sichten in das Rheinthale und den Schwarzwald. Kuh- u. Ziegenmilch, Molken,
 Dampf-, Douche- und Wannenbäder. Jagd u. Fischerei. Gesunde Wohnungen.
 Gute Küche, reine Weine. Aufmerksame Bedienung. Billigste Preise. Pension
 incl. Zimmer N. 3. — bis N. 5. —. Fahrgelegenheit stets in Kenzingen und bei
 Anzeige vom Bade selbst. Näheres ertheilt der Besitzer
J. Gauss. E. 358.2.
 Telegramm-Adresse Kirnhalden-Kenzingen.

Kronthaler
 Natürlich kohlensäure Mineral-Wasser:
 London: Apollinis-Brunnen, New-York: Broad-Street 57.
 Water Lane 14. Bad-Kronthal: Wilhelms-Quelle. Berlin: u. Linden 24.
 Direction: Bad Kronthal im Taunus.
 Haupt-Depots: **Heinrich Bassler, Karlsruhe.** — **H. Hüll-
 scher, Baden-Baden.** — **C. A. Blümann, Freiburg.** — **J. F.
 Autenrieth, Offenburg.** — **E. F. Brenner, Pforzheim.**

Vorschüsse auf Werthpapiere
 leisten wir auf 3-6 Monate mit eventuellen Erneuerungen zu mög-
 lichst mäßigem Zinsfuß ohne Commission.
Basler Depositen-Bank.
 E. 791.10.

Mondamin Sehr beliebtes
 Genuss- u. Nahrungsmittel.
 Eingetragene Schutzmarke. Fabr. Brown & Polson, K. engl. Hofl.,
 London u. Berlin C. In Delicateh- u. Droge-Handl. à 60 Pf. engl. Vfd. E. 92.6.

SCHERING'S PEPSIN-ESSENZ
 nach Vorschrift von Dr. Oscar Liebreich, Professor der Arznei-
 mittelkunde an der Universität zu Berlin.
 Verdauungsbeschwerden, Trägheit der Verdauung, Sob-
 krennen, Magenverkrümmung, die Folgen von Unmäßigkeit im
 Essen und Trinken werden durch diese angenehm schmeckende Essenz
 bis zum letzten Grade beseitigt.
 Preis p. 1/2 Fl. 3 M. 1/2 Fl. 1.50.
Schering's Grüne Apotheke
 Berlin N., Chaussee-Strasse 19.
 Niederlagen in fast sämtl. Apotheken u. den renommirten Droge-
 handlung u. Buchhandlungen werden prompt ausf. —

Heidelberg. Die hiesige Frühjahrsmesse
 beginnt Montag den 16. Mai, und dauert
 9 Tage.
 Heidelberg, den 4. Mai 1887.
Der Stadtrath:
Dr. Wilckens.

Militär & Marine
 Verbindungsanstalt für
 Verbands- u. Pensionat.
 Stuttgart, Hasenbergstr. No. 2.
 Dirigent: **Oskar Hanke,**
 Königl. Preuss. Ingenieur-Hauptm. a. D.

Berm. Bekanntmachungen.
 E. 455.1. Nr. 164. Karlsruhe.
Holzversteigerung.
 Aus Groß. Hartwald werden ver-
 steigert:
Freitag den 13. d. M.,
 aus Abth. IV. 23 Hölzerbau:
 300 Stk forstene Brühlholz,
 5000 Stk forstene Wälder.
Sonntag den 14. d. M.,
 aus Abth. IV. 32 Diele:
 8400 Stk forstene Wälder.
 Die Zusammenkunft ist am 13. auf
 der Friedrichsthaler Allee am Blau-
 schen-Geopoldshofener Weg, am 14. auf
 der Friedrichsthaler Allee an der Stä-
 tenferner Querallee, jeden Tag früh
 11 Uhr.
 Karlsruhe, den 8. Mai 1887.
 Dr. Hoffmann, Jagdamt Friedrichsthal,
 von Merhart.

**Groß. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Zu den auch im Verlebe der dies-
 seitigen Stationen Basel und Walds-

hut mit schweizerischen Stationen An-
 mündung findenden „allgemeinen Tarif-
 vorchriften nebst Güterklassifikationen“
 der schweizerischen Bahnen, gültig vom
 1. April 1885, tritt am 15. Mai 1887
 der zweite Nachtrag — Aenderungen
 der Art. 16 und 22 der allgemeinen
 Tarifvorschriften enthaltend — in Kraft.
 Karlsruhe, den 7. Mai 1887.
 General-Direktion.

**Groß. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Mit Gültigkeit vom 1. Juni l. J.
 wird der Nachtrag I. zum belgisch-süd-
 westdeutschen Gütertarifheft VI. a. vom
 1. September 1885 ausgegeben.
 Derselbe enthält Frachttarife für die
 Stationen Freiburg-Wiesche, Graben-
 Reudorf, Neustadt i. Schw., Schiltach,
 Sinsheim und Titisee, sowie Ergän-
 zungen und Aenderungen des Haupt-
 tarifs. Unter letzteren ist die mit 1.
 Juli l. J. stattfindende Auscheidung
 der Route über Herbsthal für den
 Verkehr zwischen Antwerpen u. Loewen
 einerseits und gewissen nordbadischen
 Stationen, wie Mannheim, Heidelberg
 u. andererseits besonders zu erwähnen.
 Nähere Auskunft ertheilt das dies-
 seitige Tarifbureau.
 Karlsruhe, den 5. Mai 1887.
 General-Direktion.

Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck.

Bilance.
 Ultimo December 1886.

Debitores.		Creditores.	
1. Actienwechsel	1377 000 00	1. Capital in 425 Actien	1 530 000 00
2. Grundstücke:		2. Schäden-Reserve:	
a) Haus der Gesellschaft ult. 1885	M. 441 000,00	a) für anerkannte, aber noch unbezahlte Forderungen aus	
Abrechnung im Jahre 1886	M. 4 500,00	Vericherungsverträgen	M. 75 518,34
	M. 436 500,00	b) für zweifelhafte Forderungen aus Vericherungsver- trägen (Reserve für unerledigte Gegenstände)	M. 16 575,86
b) andere Grundstücke ult. 1885	M. 31 090,00		92 094 00
hiervon ist im Jahre 1886 ein Grundstück		3. Prämien-Reserve:	
verkauft worden zu	M. 5 020,00	a) für Lebens-Vericherungen	M. 26 512 442,04
	M. 26 070,00	b) für Sterbecassen-Vericherungen	M. 82 345,19
3. Belegte Gelder, und zwar:	462 570 00	c) für Aussteuer-Vericherungen	M. 397 948,82
a) Hypotheken	M. 26 572 913,91	d) für Sparcassen-Vericherungen	M. 427 385,40
b) Effecten	M. 1 984 175,38	e) für Renten-Vericherungen	M. 1 328 065,01
c) Darlehen gegen Vericherung ic.	M. 308 839,00	f) Prämien-Uebertrag	M. 1 753 569,17
d) Policen-Darlehen	M. 2 288 770,11		31 041 755 68
	31 154 698 42	4. Reserve für unvorhergesehene Verluste	397 629 31
4. Außenstände bei Agenten	M. 39 065 09	5. Ueberschüssiger Capital-Reservefonds	153 000 00
5. Guthaben bei Bankhäusern	M. 1 521 91	6. Sonstige Passiva:	
6. Kassenbestand	M. 30 968 88	a) für die Vericherten zurückgestellter Gewinnanteil,	
7. Etüchzinsen bis ult. 1886	M. 39 423 96	Abtheilung A. M. 39 232,59	
8. Mobilien ult. 1885	M. 18 600,00	" B. " 341 619,10	
Abrechnung im Jahre 1886	M. 1 700,00	b) Noch nicht abgeforderte Dividende der Vericherten,	
	11 900 00	Abtheilung A. M. 189 209,82	
9. Sonstige Forderungen:		c) Ueberschüssiger Gewinnanteil, Abtheilung B. M. 14 466,55	
a) gefundete Prämienraten	M. 1 129 444,33	d) Vorausgezahlte Zinsen	M. 73 315,70
b) Guthaben an Prämienreserve beim Rückversicherungs- Verbande	M. 204 422,16	e) Guthaben des Rückversicherungsverbandes an Prämien- Reserve	M. 131 331,44
c) Diverse ausstehende Forderungen	M. 116 594,91	f) Unterstützungsfonds für Beamte der Gesellschaft	M. 91 814,80
	1 450 461 70	g) Guthaben von Agenten	M. 6 569,07
		h) Diverse Creditores	M. 176 996,15
		i) Fälliger Gewinnanteil der Abtheilung B.,	
		Jahresklasse 1875 M. 105 151,86	
		" 1879 " 48 011,42	
		" 1883 " 28 312,31	
		" 181 475,79	1 246 031 02
		7. Gewinn aus dem Jahre 1886	M. 379 701,76
		Hiervon sind laut Gewinn- und Verlust-Conto den Ver- sicherten überwiesen und nach Maßgabe der Vor- bemerkungen zur Bilance an die einzelnen Abtheilungen derselben vertheilt worden	M. 267 750,00
		und dem Reserve-Conto für unvorhergesehene Verluste überwiesen	M. 4 851,76
			272 601,76
		Dividende der Actionaire u. Tantième aus dem Jahre 1886	M. 107 100,00
			107 100 00
	M. 34 567 609 96		M. 34 567 609 96

Lübeck, den 18. April 1887.
Der Verwaltungsrath:
Dr. A. Brehmer. **Johs. Fehling.** **F. Dahlberg.** **Dr. F. Buchholz.** **H. Mann.** **H. C. Otto.**
Der Director:
Bernh. Sydow.
 Die Uebereinstimmung der vorstehenden Jahresrechnung mit den Büchern der Deutschen Lebens-Vericherungs-Gesellschaft wird bezeugt
 Lübeck, den 19. April 1887,
 von den Revisoren:
G. Schliemann. **Dr. L. Müller.**
 Vorgelegt in der General-Verammlung am 4. Mai 1887.
 Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. (Mit einer Beilage.) E. 438.